

Büttelborn, den 14. Juli 2012

Anwohner sollen über Verkehrsberuhigung entscheiden

GLB-Bürgermeisterkandidatin Ute Kroiß informierte sich vor Ort bei den Bürgern im Neubaugebiet Am Grünen Weg

Büttelborn. Nachdem die Diskussion um die Verkehrsberuhigung im Neubaugebiet Am Grünen Weg – flächendeckend Tempo 30 oder verkehrsberuhigte Zonen mit vorgeschriebener Schrittgeschwindigkeit – in den vergangenen Wochen auch in der Presse ein vermehrtes Echo gefunden hatte, informierte sich die GLB-Bürgermeisterkandidatin Ute Kroiß vor Ort und sprach mit den Anwohnern. Die eigene Sicherheit und insbesondere die ihrer Kinder steht für die dort wohnhaften Bürger ganz klar im Vordergrund. „An Tempo 30 hält sich doch kaum einer. Viele rasen zwischen den spielenden Kindern durch, das einem Angst wird“ so eine Anwohnerin. „Diesen Bedenken muss die Gemeinde unbedingt Rechnung tragen und nicht nur in den am Spielplatz angrenzenden Straßen.“ bezog Ute Kroiß klar Stellung und schlug vor „Warum sollen die Anwohner betroffener Nebenstraßen nicht mehrheitlich selbst entscheiden können, ob ihre Straße als verkehrsberuhigte Zone ausgewiesen wird? Wenn sich die Bürger einer Nebenstraße einig sind, sollte die Politik dem auch folgen.“ In den Gesprächen mit den Anwohnern wurde deutlich, dass fast alle der neu Zugezogenen, insbesondere die vielen Eltern kleiner Kinder, beim Grundstückskauf davon ausgegangen sind, dass es zumindest in den Nebenstraßen des gesamten Neubaugebietes verkehrsberuhigte Bereiche geben würde. „Wir fühlen uns jetzt, nachdem wir hier gebaut haben, von der Gemeinde alleine gelassen. Was uns vorher gesagt wurde, will heute niemand mehr wissen“, zeigte sich ein Anwohner enttäuscht. Auch das beim Begehungstermin am 25.06.12 nur die SPD-Vertreter anwesend waren, stieß auf Unverständnis. „Wir hätten unser Anliegen gerne an diesem Tag allen Fraktionen des Gemeindeparkaments vorgetragen“, so ein Anwohner, da schließlich auch die GLB- und CDU-Vertreter letztendlich mitentscheiden müssen, wie die Verkehrsfrage Am Grünen Weg bestmöglich für alle gelöst werden kann. Stattdessen wagte die SPD mit ihrer Ortsbegehung einmal mehr einen Alleingang (s. Bericht im GG Echo vom 27.06.12).